



# IMIS Working Papers

02|2018

## **Migrationsforschung und ‚Migrationskrise‘. Eine Debatte aus den USA der 1930er Jahre**

Antrittsvorlesung anlässlich der Berufung auf die  
Professur für Neueste Geschichte und Historische  
Migrationsforschung der Universität Osnabrück,  
21. Juni 2016

Christoph Rass

Institut für Migrationsforschung  
und Interkulturelle Studien

IMIS

Institute for Migration Research  
and Intercultural Studies

**Zitation/Citation**

**Rass, Christoph** (2018): Migrationsforschung und ‚Migrationskrise‘. Eine Debatte aus den USA der 1930er Jahre. Antrittsvorlesung anlässlich der Berufung auf die Professur für Neueste Geschichte und Historische Migrationsforschung der Universität Osnabrück, 21. Juni 2016. IMIS Working Paper 02, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Osnabrück: IMIS.

**Über den Autor/About the Author**

**Prof. Dr. Christoph Rass** hat die Professur für Neueste Geschichte und Historische Migrationsforschung der Universität Osnabrück inne und ist Mitglied im Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS).

Die **IMIS Working Papers** bieten Einblicke in Forschungen und Diskussionen am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.

The **IMIS Working Papers** provide insights into research and ongoing debates at the Institute for Migration Research and Intercultural Studies (IMIS) at Osnabrück University.

Die IMIS Working Papers sind erhältlich unter/The IMIS Working Papers are available here:

[https://www.imis.uni-osnabrueck.de/publikationen/imis\\_working\\_papers.html](https://www.imis.uni-osnabrueck.de/publikationen/imis_working_papers.html)

<http://imis.hypotheses.org>

**Redaktion/Editorial Board:**

Dr. Johanna Neuhauser, Prof. Dr. Christoph Rass, Prof. Dr. Helen Schwenken, Dr. Frank Wolff

**Lektorat:** Sofia Ratsitska

**Layout:** Sofia Ratsitska, Tim Zumloh

**Herausgeber:**

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)

Universität Osnabrück

Der Vorstand

D-49069 Osnabrück

Tel.: +49 (0)541 969 4384

E-Mail: [imis@uni-osnabrueck.de](mailto:imis@uni-osnabrueck.de)

Internet: <http://www.imis.uni-osnabrueck.de>

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2. ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ aus Europa, Landarbeiter aus Mexiko</b>	<b>4</b>
<b>3. Das „Mexican Problem“ und die Migrationsforschung der Zeit</b>	<b>6</b>
<b>4. <i>Travelling Concepts</i>: Der Blick nach Europa</b>	<b>9</b>
<b>5. Erkenntnisse: Zeit für eine Wirkungsgeschichte der Migrationsforschung</b>	<b>14</b>
<b>6. Literaturverzeichnis</b>	<b>15</b>

## 1. Einleitung

Migrationspolitiken unterliegen einem ständigen Wandel und fortlaufenden Neuaushandlungen, die immer wieder darauf zielen, Wanderungsverhältnisse interessengeleitet zu beeinflussen. In diesem Kontinuum bietet uns die Vergangenheit eine ganze Reihe von Situationen, in denen reale oder konstruierte Wanderungskrisen zum Anlass für dramatische Veränderungen von Migrationsregimen geworden sind.

Die Verfolgung und das Leid der europäischen Jüdinnen und Juden auf der Flucht vor NS-Deutschland bewegten Schweden dazu, sich – wenn auch tragisch spät im Zweiten Weltkrieg – von einem weitgehend geschlossenen Land zu einer Gesellschaft zu wandeln, die für lange Zeit ein humanitärer Zufluchtsort für Geflüchtete sein konnte. Der Mangel an Arbeitskräften in Zeiten des ‚Wirtschaftswunders‘ in Deutschland und anderen Industriestaaten in Westeuropa öffnete diese Länder wieder einmal für Arbeitsmigration. Die einsetzende Strukturkrise – scheinbar augenfällig werdend mit dem Ölpreisschock 1973 – bot dann den Rahmen für das Ende der liberalen Zuwanderung auf die Arbeitsmärkte in Westeuropa. Zwei Jahrzehnte später hatte die seit den 1980er Jahren schwelende Debatte über die deutsche Flüchtlingspolitik, zugespitzt zu einem Krisenszenario Anfang der 1990er Jahre, eine Dynamik erzeugt, die mit dem ‚Asylkompromiss‘ 1992/1993 eine gravierende Einschränkung des symbolisch wichtigen, bis dato im Grundgesetz sehr offen formulierten Asylgrundrechts herbeiführen konnte.

Gegenwärtig fragen wir uns, was genau eigentlich im Jahr 2015 passiert ist, im ‚Sommer der Migration‘, in dem sehr unterschiedliche Wirklichkeitskonstruktionen hinsichtlich einer (vermeintlichen) ‚Flüchtlingskrise‘ konkurrierten, die zwei scharfe und kurz aufeinander folgende Politikwechsel in Deutschland hervorbrachten. Auf eine humanitär motivierte großzügige Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland folgte die Hinwendung zu einem restriktiven Umgang mit den Opfern von Gewaltmigration.

Derartige Phänomene unterstreichen dreierlei: Erstens eine Verbindung zwischen der diskursiven Konfiguration von Krisenszenarien und dem Entstehen von Politikwechseln. Zweitens eine Verbindung zwischen Wendepunkten und der *longue durée* von Wanderungsbewegungen, Migrationspolitik und Diskursen über Migration. Drittens eine transnationale Dimension von Migrationspolitik, die es verbietet, diese nationalstaatlich isoliert fassen zu wollen und insbesondere auch die Mobilität bzw. die Proliferation migrationspolitischer Konzepte sichtbar macht.

Die Migrationsforschung untersucht, gerade auch in historischer Perspektive, die Veränderung von Migrationspolitik mit Hilfe des Konzepts der Migrationsregime. Unser Verständnis dieses Modells geht davon aus, dass Politikwechsel und ihre Umsetzung durch Aushandlungen innerhalb komplexer Cluster von Akteuren mit unterschiedlichen Graden von *Agency* hervorgebracht werden. Diese Aushandlungen vollziehen sich in vielschichtigen institutionellen Rahmungen, die sich ihrerseits über die Praktiken der Akteure manifestieren und verändern.

Akteure in Migrationsregimen können prinzipiell alle sein, die sich in diesen Aushandlungsprozess direkt oder indirekt hineinreklamieren oder zu dessen Objekten gemacht werden, sich davon aber emanzipieren. Dieses Verständnis weitet den Kreis der Akteure über den Staat mit all seinen politischen und administrativen Instanzen hinaus. Es umfasst grundsätzlich alle Formen organisierter Interessen und vor allem auch die Migrant\_innen selbst. Auch unsere Disziplin, die Migrationsforschung

mit ihrer Wissensproduktion, ist in ihrer Zeit stets Teil des Prozesses und damit der (Ko-)Produktion von Migration. Gerade sie – gerade uns – gilt es bei der Analyse nicht zu vergessen. Wir sind eben nicht nur Beobachter\_innen, sondern auch zu beobachtende Akteure. Schließlich bleibt die inter- bzw. transnationale Dimension unvollständig ohne die Berücksichtigung von Akteuren und Institutionen jenseits des Nationalstaates, etwa internationaler Organisationen oder des Völkerrechts.

Aus dieser Perspektive wollen wir nun einen Blick auf die USA in der Zwischenkriegszeit bzw. auf die Wanderungsverhältnisse zwischen Mexiko und den USA in internationalen Rahmungen werfen, die bisher noch zu wenig im Fokus der Forschung standen. Ich beabsichtige dabei zunächst, die Genese einer Wahrnehmung von Migrationsverhältnissen als ‚Migrationskrise‘ in den Vereinigten Staaten zu diagnostizieren. Diese Interpretation von Wirklichkeit brachte massive Veränderungen der amerikanischen (Ein-)Wanderungspolitik hervor. Mit Blick auf die in der Zwischenkriegszeit folgenden Prozesse diskutiert der Beitrag anschließend, inwiefern sich zwischen Europa und den USA ein *policy learning* bei der Organisation temporärer Arbeitsmigration ausmachen lässt. Wir beobachten dabei zunächst den akademischen Diskurs, die Wissensproduktion über alternative migrationspolitische Ansätze und die Art der Bezugnahme auf Vorbilder, die von den Autor\_innen herangezogen werden.

## 2. ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ aus Europa, Landarbeiter aus Mexiko

Zu Beginn der 1920er Jahre glaubten die Vereinigten Staaten von Amerika, am Abgrund zu stehen. Zuwanderung und Niederlassung von Millionen Menschen aus Europa, die massive Einwanderung des 19. Jahrhunderts – Garant für Bevölkerungswachstum, Wohlstandszugewinn, die Erschließung des Landes, den Aufstieg der USA von der Regional- zur Weltmacht –, diese Einwanderung schien sich vom Segen zum Fluch gewandelt zu haben. Nach dem Ersten Weltkrieg mit seinen vielen auch für die USA verunsichernden Erfahrungen, erreichte eine schon seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts schwelende Debatte einen neuen Höhepunkt: Die zunehmende Diversifizierung der Zuwanderung, deren Ausgangsräume sich immer stärker von West- bzw. Nordeuropa nach Süd- und Osteuropa bzw. nach Asien verschoben, bedrohe, so sahen es viele Zeitgenoss\_innen, die US-amerikanische Gesellschaft. Die tonangebende ‚weiße‘, protestantische Elite währte ihre Position gefährdet: Sprache, Kultur, Bildungsstand und schließlich ‚Rasse‘ der Einwander\_innen schienen ihnen immer weniger zu ‚Amerika‘ zu passen.

Ethnisch verfasste Ausschlussklauseln, Sprach- und Bildungstests, verschärfte Gesundheitsuntersuchungen, vorgeschaltete Selektionsinstanzen und schließlich ein Quotensystem sollten diesem als Problem identifizierten Sachverhalt begegnen: Weniger Einwanderung, dafür aus erwünschten Regionen, Kulturen und Schichten, lautete das Gebot der Stunde. 1921 und 1924 schnitten der Emergency Quota Act und der Immigration Act tief in das Zuwanderungsgeschehen ein. Der diesen Politikwechsel begleitende Diskurs sollte das weitere Geschehen nachhaltig beeinflussen.

Auf der einen Seite formierte sich eine ablehnende Haltung gegenüber den so genannten ‚Wirtschaftsflüchtlingen‘ aus Europa. So gestand die Los Angeles Times im Dezember 1921 unter der Schlagzeile „Restricting Immigration“ zu, dass „die Welt in einem unsicheren und gefährlichen Zustand ist und dass das Leben in Europa hart ist und immer härter wird“ (Los Angeles Times 14.12.1921). Der Autor zeigte durchaus Verständnis dafür, dass Männer und Frauen versuchten, in Länder zu gelangen, die eine bessere Zukunft verhießen. Keinesfalls aber dürfe gestattet werden, dass sich diese, so weiter, „zerstörerische Flut“ ungehindert in die USA ergieße. Erstens leide Amerika unter „Überfremdung“. Zweitens gäbe es andere lohnende Ziele: Afrika, die Mandschurei, Sibirien,

Mesopotamien und schließlich auch Mexiko und Südamerika. Die „Flut“ müsse also geteilt werden. Wenn von drei italienischen Brüdern nur einer nach Iowa komme, ein weiterer sich aber nach Südafrika wende und der dritte nach Russland, dann gäbe es in Zukunft außerdem neue Bande der Freundschaft zwischen den Nationen.

Der Artikel ist nur eines von unzähligen Beispielen ähnlicher Stoßrichtung. So wurde die Angst geschürt vor den „Horden unerwünschter Fremder“ (Los Angeles Times 04.06.1922) – so ein Autor der LA Times im Jahr darauf –, die sich von Elend getrieben auf den Weg in die USA machten. Schnell identifizierten staatliche Stellen, Publizistik und schließlich auch Wissenschaft Phänomene, zu denen sich spezifische Vorstellungen und Argumentationen entwickelten, die bis heute in keiner Debatte fehlen: Europäer\_innen versuchten nun, stellte die Presse fest, illegal über die Landgrenzen zu Kanada und Mexiko in die USA zu gelangen – unterstützt von Schmugglern, denen sich nur eine tapfere Handvoll Bediensteter der Einwanderungsbehörde entgegenstemmte.

Die Los Angeles Times sprach 1922 gar davon, dass das Gesetz, das ein unkontrolliertes Einströmen von „Millionen Bettlern“ hätte verhindern sollen, nun zur Invasion „unüberschaubarer Horden“ von Europäer\_innen über die mexikanisch-US-amerikanische Grenze geführt habe. Diese würden sich teils als mexikanische Landarbeiter\_innen ausgeben, teils heimlich über die Grenze kommen oder versuchen, mit gefälschten mexikanischen Niederlassungsbescheinigungen einzureisen (Los Angeles Times 18.06.1922). Daneben entwickle sich, so hieß es, ein reger Bootsverkehr – *human trafficking* – die unerwünschten Europäer\_innen für \$ 30 die Überfahrt von Kuba nach Florida organisierte. Ihre Kund\_innen aber würden diese skrupellosen Geschäftemacher nicht selten nur von einer Bucht in Kuba zur nächsten verschiffen, um sie in der Wildnis auszusetzen (New York Times 05.02.1922) Immer wieder schimmert allerdings durch, dass sich hinter den skandalisierten Geschichten nur eine ausgesprochen geringe Zahl von irregulären Grenzübertritten verbarg.

In der Debatte gewann schließlich Lillian Russell großen Einfluss. Die populäre Sängerin und SchauspielerIn begab sich 1922 im Auftrag von Präsident Harding als Expertin auf eine *fact-finding-mission* nach Europa, um sich über die Wanderungsverhältnisse dort zu informieren und Empfehlungen für die amerikanische Migrationsgesetzgebung zu erarbeiten. Ihre Schlussfolgerung: ein generelles fünfjähriges Moratorium für jegliche Einwanderung und eine Wartezeit von 21 Jahren bis zur Einbürgerung von Migrant\_innen waren notwendig. Ihr Bericht zog allerdings auch scharfe Kritik auf sich (Report to the Secretary of Labor by Lillian Russell Moore 28.03.1922), denn Russell bezog sich auf die gesamte Zuwanderung in die USA und damit nicht allein auf die transozeanische Einwanderung, sondern ebenso auf die Migrationsbewegungen von Saisonarbeiter\_innen über die mexikanisch-US-amerikanische Grenze. Ihre Empfehlung kollidierte mit den Interessen mächtiger Wirtschaftsverbände im Südwesten. Diese wollten eine restriktive Migrationspolitik gegenüber Europa nur mittragen, wenn die Zuwanderung aus Mexiko unreguliert blieb.

Die New York Times rechnete 1922 vor, dass die USA gegenüber Europa bereits ein negatives Wanderungssaldo aufwies. Das neue Gesetz funktioniere also, folgerten die Autoren, und betonten den primär temporären Charakter der Zuwanderung aus Mexiko, auf die keinesfalls verzichtet werden könne (New York Times 16.04.1922). Und tatsächlich findet sich parallel zur Abwehrhetorik gegenüber den Europäer\_innen ein zweiter Diskursstrang, der saisonale Zuwanderung aus Mexiko aus der Anti-Einwanderungs-Debatte herauslöste. In der Los Angeles Times findet sich neben der Polemik gegen Zuwanderung aus Europa auch eine ganze Artikelserie aus der Zeit kurz vor der Abstimmung über den Emergency Quota Act von 1921, die von der geradezu existenziellen Bedeutung der mexi-

kanischen Landarbeiter\_innen für die Landwirtschaft im Südwesten oder in Florida spricht (Los Angeles Times 11.04.1920, Los Angeles Times 28.01.1920, Los Angeles Times 23.02.1920, New York Times 26.06.1920, Chicago Daily Tribune 09.10.1920). Es ging dabei um ein recht neues Phänomen. Zwar waren Migrant\_innen aus Mexiko und seit 1848 eine beträchtliche und schon lange ansässige hispano-amerikanische Minderheit in den USA präsent. Landarbeiter\_innen, die saisonal aus Mexiko zuwanderten, hatten aber erst im Jahrzehnt vor dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg an Bedeutung gewonnen. Sie waren allerdings rasch zu einer unverzichtbaren Ressource einer wachsenden Agrarindustrie geworden. Zu groß waren die wirtschaftlichen Vorteile von ‚Billigarbeiter\_innen‘, die man nach Ende der Saison ohne Rücksichtnahme wegschicken konnte – und zwar ins Ausland.

Diesen Linien folgend perpetuierte 1924 der Kongress einerseits die Quotierung und die dauerhafte Absenkung der Zuwanderung aus Europa. Andererseits blieb die Migration aus Mexiko nahezu von jeder Beschränkung ausgenommen.

### 3. Das „Mexican Problem“ und die Migrationsforschung der Zeit

Im weiteren Verlauf des Jahrzehnts nahm nicht nur die zirkuläre Migration aus Mexiko stark zu. Es begann auch die Zuwanderung von Mexikaner\_innen, die im sekundären und tertiären Sektor, also nicht saison- sondern konjunkturabhängig, Beschäftigung fanden. Neben der zeitweiligen Präsenz erfolgte vermehrt eine Niederlassung in den USA, die bis Ende der 1920er Jahre auch die Industriezentren wie Saint Paul in Minnesota oder Detroit in Michigan erreichte. Den begleitenden Diskurs kennzeichneten zwei konsensfähige Positionen: Erstens sollte Einwanderung aus Europa durch das Quotensystem dauerhaft begrenzt und vorteilhaft strukturiert werden. Zweitens galt saisonale Zuwanderung aus Mexiko als ökonomisch unbedingt notwendig, sie durfte aber auf keinen Fall zu einer dauerhaften Niederlassung führen.

Um Letzteres zu stützen, wurden die Migrant\_innen aus Mexiko als naiv heimatverbunden und daher von unbedingtem Rückkehrwillen beseelt und nicht anpassungsbereit konstruiert. Sie galten aus der Perspektive der ‚weißen‘ US-Amerikaner\_innen zugleich allerdings als kulturell und damit eigentlich als ‚rassisch‘ so weit unter diesen stehend, dass ihre Assimilation geradezu unmöglich schien. Ihre dauerhafte Niederlassung musste so zu einer Gefahr für die US-amerikanische Zivilisation werden. Die Weichen waren gestellt: Die Migration aus Mexiko war als Bedrohung für die amerikanische Kultur und Gesellschaft markiert, zugleich aber als wirtschaftliche Notwendigkeit akzeptiert. Als empirisch und diskursiv wachsend wichtiges Phänomen fand sie zugleich verstärkt Aufmerksamkeit nicht nur in politischem und öffentlichem Diskurs, sondern auch in der Wissenschaft.

Mexikanische Migrant\_innen standen unter Beobachtung: das „mexican problem“ war konstruiert und etabliert (Longmore/Hitt 1943). Es ist seitdem nicht wieder aus der Debatte über Einwanderung verschwunden. Im US-Präsidentenwahlkampf 2016 hat Donald Trump das alte Gespenst wieder aufgerufen und von Mexiko verlangt, für neue amerikanischen Grenzsperranlagen finanziell aufzukommen. Sein Rassismus markiert wenig mehr als einen neuen Höhepunkt in einem mehr als hundertjährigen Narrativ<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Donald Trump Announces a Presidential Bid, 16. Juni 2016. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=apjNfkysjbM>

Die an dieser Stelle nur kurz angerissene Entwicklung verlor allerdings um die Mitte der 1920er Jahre etwas an diskursiver Schärfe. Die konjunkturelle Erholung während der *roaring twenties* und der scheinbare Erfolg der neuen Einwanderungsgesetzgebung hatten einen neuen *status quo* hervorgebracht, in dem die Arbeitsmigration aus Mexiko zunächst Akzeptanz fand.

Es wurde aber mehr und mehr offenbar, dass sich mit der zunehmenden Einwanderung aus Mexiko die US-amerikanische Gesellschaft auf neue Art veränderte. Hatten Einwander\_innen aus Mexiko zu Beginn der 1920er Jahre weniger als ein Prozent der im Ausland geborenen Bevölkerung ausgemacht, stieg ihr Anteil in den 1930er Jahren auf bis zu 4,5 Prozent. Das waren noch immer marginale Werte verglichen mit Migrant\_innen aus anderen Herkunftskontexten. Gerade im Südwesten der USA war diese Veränderung allerdings durchaus spürbar. Eine Folge war die kurze Hochkonjunktur einer Migrationsforschung, die sich nun nicht mehr vor allem auf die Einwanderung aus Europa, sondern auf das Wanderungsgeschehen zwischen den USA und Mexiko konzentrierte. Sie versuchte, die von ihm ausgehenden sozialen und kulturellen Prozesse zu verstehen.

Ihren ersten Höhepunkt erreichte diese mit ziemlich modernen sozialwissenschaftlichen Methoden und Fragen betriebene progressive Forschung mit der zwölfbändigen Untersuchung *Mexican Labor in the United States* von Paul Schuster Taylor (Taylor 1928-1934). Taylor führte zwischen 1928 und 1934 eine Serie von Feldforschungen durch und publizierte eine der wenigen umfassenden und dezidiert nicht rassistisch argumentierenden Studien zur Lebenswirklichkeit mexikanischer Migrant\_innen im Südwesten der USA. Sein Projekt lief in Trägerschaft des *Committee on Scientific Aspects of Human Migration* des *Social Science Research Council* – ein frühes Zeichen für eine gewisse Institutionalisierung der Migrationsforschung. Das Komitee hatte sich 1923 gegründet und im Jahr darauf mit Forschungen zu Migration und Integration begonnen. Dies mit einem bemerkenswerten Manifest:

*„Briefly, the Committee sets out its belief that the subject of Human Migration as a field of research contains magnificent possibilities. It includes large questions of public policy involving issues of national prosperity and human rights which are now being settled with little or no help from the social science group. It presents problems that reach beyond the frontiers of any one nation, and many of its research problems are of international importance and demand international co-operation for their solution. It involves questions of fundamental importance from the scientific as well as the humanitarian point of view. At one point or another it cuts across the boundaries of all departments within the social science group.“ (Committee of Scientific Aspects of Human Migration 1927: 258)*

Mit solchen Paradigmen formiert sich interdisziplinäre Migrationsforschung vor knapp einhundert Jahren. Eine zweite wichtige Stimme in dieser Periode gehörte Manuel Gamio. Der aus Mexiko stammende Anthropologe promovierte an der Columbia University in New York bei Franz Boas. In Mexiko war Gamio für die Rechte der indigenen Bevölkerung eingetreten. 1925 emigrierte er in die USA, wo er für das Komitee tätig wurde. Er etablierte als Gegenmodell zu einer von rassistischen Ressentiments durchtränkten Wissenschaft eine Anthropologie der mexikanischen Migration, welche die menschenverachtenden Vorurteile ihrer Zeit zu überwinden suchte. Gamio verfasste 1930 mit *Mexican Immigration to the United States* (Gamio 1930a) und im Jahr darauf mit *The Mexican Immigrant: His Life Story* (Gamio 1930b) zwei bis heute prägende Monografien sozial- bzw. kulturwissenschaftlicher Migrationsforschung.

Mitte der 1920er Jahre trat im Arbeitsprogramm des Komitees zudem eine enge internationale Vernetzung nach Europa und in die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) zutage, die anzeigt, dass sich dieser Forschungszweig tatsächlich weit über US-amerikanische Bezüge hinaus orientierte und als Teil einer transnationalen Community von Migrationsforscher\_innen verstand (Social Science Re-



search Council 1927). Als solche Ideen gerade aufkeimten, stürzten die Vereinigten Staaten in die Weltwirtschaftskrise: vom Börsenkrach 1928 über die folgende Rezession, von einer Bankenkrise Anfang der 1930er in eine Massenarbeitslosigkeit, die mit einer dramatischen Agrarkrise koinzidierte. Das Land erlebte eine beispiellose Verunsicherung. Hunderttausende US-Amerikaner\_innen wurden im Verlauf des Jahrzehnts nicht nur arbeitslos und verarmten, viele wurden auch zu regelrechten Binnenflüchtlingen, die im Diskurs tatsächlich als *refugees* bezeichnet wurden. Getrieben von verschlechterten Umweltbedingungen im *dust bowl* und wirtschaftlicher Existenznot wanderten sie aus dem Mittleren Westen in Richtung der Pazifikküste. An diesem Phänomen lässt sich die Dichotomie der Krisennarrative gut ablesen: Je nach Lesart bestand diese Wanderungskrise aus den dramatischen Lebenslagen dieser Binnenmigrant\_innen oder aus einer von ihnen ausgehenden Bedrohung der Besitzstände an ihren Wanderungszielen.

In dieser Situation erfuhr die publizistische wie auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit Migration angesichts zeitgleicher, umfangreicher Zu- und Binnenwanderung eine neuerliche Steigerung ihrer Popularität, aber auch eine sich drastisch verschärfende Polarisierung. Auf konservativer Seite reüssierten Wissenschaftler\_innen wie der Ökonom Glenn E. Hoover, der in Migrationsbeziehungen zwischen den USA und Mexiko in den *Foreign Affairs* 1929 wenig mehr erkannte als eine nicht hinnehmbare Zuwanderung von „Indianern“, die er weder „rasenpolitisch“ noch ökonomisch gerechtfertigt sah (Hoover 1929). Zu ähnlichen Schlüssen kam zeitgleich Samuel J. Holmes – ein Zoologe – in der *North American Review*. Er prognostizierte biologistisch, dass der mexikanische „peon“ in kurzer Zeit, ließe man weiter die Zuwanderung dieser „rassisch und kulturell niedrig stehenden Menschen“ zu, die „weißen Amerikaner“ verdrängen würde (Holmes 1929). Mit einer Flut ähnlich gelagerter Publikationen gewann das Konstrukt einer nicht-assimilierbaren „mexikanischen Rasse“ wieder die Oberhand. Auf andere Weise positionierten sich Autor\_innen wie der Publizist James Hoffman Batten mit der Idee, die bereits in den USA befindlichen mexikanischen Einwander\_innen könnten, bei „richtiger“ Verteilung, als Klasse mobiler und prekärer Arbeitskräfte die Nachfrage nach Landwirtschaftsarbeiter\_innen stillen. Die Zuwanderung könne also ausgesetzt werden, wenn man die mexikanische Bevölkerung in den USA entsprechend „manage“ (Hoffman 1930). Schließlich trugen selbst die progressiveren Stimmen zur Verfestigung des negativ besetzten Bildes der mexikanischen Migrant\_innen bei.

Der bereits erwähnte liberale Ökonom und Soziologe Taylor, der gemeinsam mit Dorothea Lange in den 1930er Jahren das Elend der amerikanischen Gesellschaft in der Weltwirtschaftskrise erforscht und dokumentiert hat, wurde hinsichtlich der mexikanischen Einwanderung sehr selektiv wahrgenommen. In seiner großen Untersuchung zur Arbeitsmigration aus Mexiko hatte er die Spannung beschrieben, die sich zwischen der Vorstellung vieler Migrant\_innen, bald in ihre Herkunftskontexte zurückzukehren, und ihrer faktischen Niederlassung in den USA, aufbaute. Er hatte eine „Rückkehrillusion“ diagnostiziert.

Im Diskurs der Zeit ließ dies aber nur einen Schluss zu: mexikanische Migrant\_innen wiesen die Neigung auf, sich nicht zu assimilieren (Taylor 1931). Sie erfuhren also viel weniger eine Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft, als dass sie gewollt in einer selbst geschaffenen ‚Parallelgesellschaft‘ lebten. Nach Mehrheitsmeinung der ‚weißen‘ US-Amerikaner\_innen, so fasste es Lawrence Leslie Waters 1941 im Rückblick auf die 1930er Jahre zusammen – allerdings nicht ohne Hinweis auf die Mitschuld US-amerikanischer Wanderungspolitik – würden Mexikaner\_innen, „die Fürsorgekassen austrocknen, die Gefängnisse füllen, die öffentliche Gesundheit gefährden, das Schulsystem überlasten und stets Fremde bleiben“ (Waters 1941).

## 4. *Travelling Concepts*: Der Blick nach Europa

Die erste Lösung für das um die Wende zu den 1930er Jahren auf diese Weise neuerlich aktualisierte „mexican problem“ schien aus dem Rückgriff auf vertraute Konzepte zu bestehen.

Zur Jahreswende 1929/30 drosselten die USA durch eine restriktive Durchsetzung von Grenzkontrollen und innere Migrationsüberwachung den Umfang der Zuwanderung aus Mexiko stark. Ergänzend wurden Repatriierungsprogramme aufgelegt, bei denen mexikanischen Zuwander\_innen, die in soziale Not geraten waren, eine kostenfreie Heimreise angeboten wurde. Dies nicht selten verbunden mit einer Zusage, den Hausrat in gewissem Umfang mitführen zu können. Stellte sich nicht die erhoffte Wirkung einer freiwilligen Rückkehr ein, so folgten soziale, ökonomische und schließlich gewaltsame Verdrängung bzw. Vertreibung. Dabei rechnete man Fürsorgekosten gegen Repatriierungskosten auf und argumentierte mit deutlichen Ersparnissen der öffentlichen Hand, wenn man in großangelegten Programmen Zehntausenden die Rückkehr nach Mexiko finanzierte. Eine starke und durch und durch von rassistischen Vorurteilen untermauerte Ablehnung mexikanischer Migrant\_innen verband sich mit dem Unwillen, die landwirtschaftliche Produktion im Südwesten durch steigende Lohnkosten zu verteuern. In der vielerorts pogromgefährlichen Stimmung erwies sich aber eine weitgehend unregulierte Zuwanderung aus Mexiko nicht mehr als konsensfähig.

Die Suche nach alternativen Politikoptionen begann. Wo aber sollten diese herkommen? An dieser Stelle ist ein kurzer Blick auf die andere Seite des Atlantiks geboten. Dort schwenkte eine Mehrheit der westeuropäischen Staaten ebenfalls auf eine eher restriktive Migrationspolitik um. Ursachen waren die Kriegserfahrung und die kriegsbedingten Wanderungsbewegungen der Nachkriegsjahre sowie der sozioökonomische Druck während der Weltwirtschaftskrise. Gleichzeitig aber konnte oder wollte eine Reihe dieser Staaten nicht auf die Zuwanderung von Arbeitskräften verzichten, die nur zeitweilig anwesend waren und keine bzw. höchstens temporäre und widerrufbare Bleiberechte erwarben.

Dies schienen bilaterale Wanderungsverträge zu ermöglichen. Mit solchen Verträgen vereinbar(t)en zwei Staaten gemeinsame Kontrolle über temporäre Arbeitsmigration und setz(t)en zugleich Mindeststandards für die Rechte der Migrant\_innen fest. Bilaterale Wanderungsverträge fanden nach dem Ersten Weltkrieg rasch Verbreitung. Die Institution hatte sich zunächst im Zusammenspiel einiger Ab- und Zuwanderungsländer und in Ansätzen schon vor dem Ersten Weltkrieg entwickelt. Sie erfuhr zusätzlich beträchtliche Aufwertung, als sich zu Beginn der 1920er Jahre die gerade gegründete Internationale Arbeitsorganisation (ILO) für ihr Potential zu interessieren begann. Die ILO strebte einen *trade-off* zwischen dem Schutz der Rechte von Arbeitsmigrant\_innen einerseits und den Selektions- und Kontrollbedürfnissen der aufnehmenden bzw. partiell auch der entsendenden Staaten an. Ihr Ziel war es, einen international anerkannten Standard zu etablieren.

Die Bemühungen der ILO lösten übrigens auch eigentliche und international stark vernetzte Migrationsforschung aus, die von Statistiken über Politikanalysen, von soziologischen oder ethnologischen bis zu juristischen bzw. völkerrechtlichen Arbeiten reichte und sich beträchtlich von den zeitgleich aus nationalstaatlicher Perspektive betriebenen Untersuchungen unterschied. Wurden diese Entwicklungen in den Diskursen um Migration und Migrationspolitik in den USA rezipiert und wenn ja, wie und von wem? Rufen wir uns in Erinnerung: Die Vereinigten Staaten waren in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg Schritt um Schritt und dann entscheidend in den 1920er Jahren von der Idee einer weitgehend unregulierten Zuwanderung abgewichen. Die Wirtschafts-, Banken- und Agrarkrise der 1930er heizte die Debatte um Einwanderung erneut an, während die USA gleichzeitig

eine durchaus als krisenhaft empfundene Binnenmigration erlebten. Hinzu kam die irritierende Erfahrung hoher Arbeitslosigkeit und gleichzeitig periodisch und regional auftretenden Arbeitskräftemangels im Agrarsektor.

Nachdem das Einwanderungsgesetz von 1924 Zuwanderung aus Mexiko begünstigt hatte – mexikanische Migrant\_innen deckten nun die Nachfrage nach Arbeitskräften, die nicht mehr aus Europa zuwandern konnten – schien die Depression nun auch in diesem Bereich nach Wanderungskontrolle zu rufen. Lösungen auf der Grundlage der bisherigen Praxis schienen nicht mehr tragfähig. 1930 schlug der Generalkommissar für das Einwanderungswesen Harry E. Hull vor, Mexiko ins Quotensystem zu integrieren und konsequent alle Ausländer in den USA zu registrieren (Hull 1930). So sollte das Kennkartensystem, das 1927 nach europäischem Vorbild für Zugewanderte eingeführt worden war, funktionsfähig gemacht und Kontrolle hergestellt werden. Der Wirtschaftswissenschaftler Hoover, oben bereits als durchaus rassistisch argumentierender Akteur benannt, ersann ein sich selbst regulierendes System streng selektiver und temporärer Anwerbung von Arbeitskräften, in dem eine Bürgerschaft sicherstellen sollte, dass die Wanderarbeiter\_innen wieder in ihre Heimat zurückkehrten. 1931 argumentierte Constantine M. Panunzio von der University of California, Los Angeles – selbst Einwanderer erster Generation aus Italien – für eine vorgelagerte jährliche Bedarfsermittlung hinsichtlich der Arbeitsmigration. Potentielle Arbeitsmigrant\_innen galt es demnach vor der Einreise auszuwählen und zu registrieren. Panunzio betrachtete dies aber als rein nationalstaatliche Angelegenheit, die von den USA ohne Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten der möglichen Arbeitswandernden umgesetzt werden sollte (Panunzio 1931) und kam damit schon dem preußischen System der Anwerbung von Landarbeiter\_innen aus den von Russland bzw. Österreich annektierten Teilen Polens nahe, das sich Ende des 19. Jahrhunderts durchgesetzt hatte.

Derartige Vorschläge schienen vollkommen ungeeignet. Einerseits wog die Furcht vor einer Unterversorgung mit billiger Arbeitskraft schwer. Vollkommene Abschottung war keine Option. Vorhaben, Zuwanderung ohne Niederlassung auf der Grundlage ökonomischer Anreize oder Migrationskontrolle durch bestehende US-amerikanische Einwanderungsgesetze herzustellen, maß man andererseits nur noch geringe Wirksamkeit zu.

Eine neue Lösung musste her. Wie konnte sichergestellt werden, dass temporär und selektiv zugelassene Arbeitskräfte kontrolliert zuwanderten und das Land später wieder verlassen würden? Eine weitere Erfahrung verschärfte die Situation. Anfang der 1930er Jahre befanden sich die USA in einer ungewöhnlichen, bisher geradezu einmaligen Situation: Es schien zu einer generellen Nettorückwanderung zu kommen. Die Migrationsbilanz über den Atlantik kippte wieder einmal für einige Monate ins Negative, während die Statistiken zeitgleich eine Nettoabwanderung über die Landgrenzen nach Mexiko auswiesen – Folge der eigenen Panik, die zu kurzfristiger Abschottung geführt hatte. Rückblickend diagnostizierte 1939 der später berühmte Migrationsforscher Thomas Brinley in einem Artikel im britischen *Political Quarterly*, dass sich damals die Trends umzukehren schienen (Brinley 1939). Die Wanderungsbewegungen über die amerikanischen Landgrenzen wurden quantitativ wichtiger als die transatlantische Migration, während die USA auf bestem Wege schienen, ihre Position als global wichtigstes Wanderungsziel dauerhaft einzubüßen.

Tatsächlich zeichnet sich ein Wendepunkt in der Art und Weise ab, wie zeitgenössische Wissenschaftler\_innen über die Migrationspolitik der USA dachten: Als 1936 der Soziologe Henry Pratt Fairchild von der New York University – ein Pionier der Migrationsforschung seit Beginn des 20. Jahrhunderts – im Rückblick auf die Zeit seit Kriegsende in den *Annals of the American Academy of Political and*

*Social Science* schrieb: „immigration of the character and scope that prevailed for the hundred years before the World War will never be revived“, sprach er für eine wachsende Gruppe von Wissenschaftler\_innen, die zweifelte, ob die USA überhaupt noch ein Einwanderungsland seien (Fairchild 1936).

Folglich wendeten sich Forschende nun Europa zu: Dort begaben sie sich auf die Suche nach Politikmodellen, die sich auf die aktuelle Situation anwenden ließen. Konnten die USA unter diesen veränderten Rahmenbedingungen nun von europäischen Staaten lernen? Fairchild selbst identifizierte Frankreich als wichtigstes Einwanderungsland in Europa und empfahl den USA das dort praktizierte Modell selektiver Anwerbung temporär zugelassener Arbeitskräfte aus benachbarten Ländern als eine Möglichkeit, die US-amerikanische Migrationspolitik zukunftsfähig zu machen. Auch Edna C. Macmahon vom Hunter College in New York bezog sich auf Frankreich als Modell für die künftige US-amerikanische Migrationspolitik, als sie 1930 einen Artikel für die *American Academy of Political and Social Science* verfasste (Macmahon 1930). Sie lenkte die Aufmerksamkeit ihrer Leser\_innen überdies auf die europäische Praxis, bilaterale Wanderungsverträge abzuschließen. Solche bilateralen Wanderungsverträge fanden unmittelbar in den USA Beachtung als ein Instrument, um Arbeitsmigration so steuerbar zu machen, dass sie temporär blieb. Max S. Handman, damals noch an der Universität von Texas in Austin, brachte ein weiteres mögliches Modell ins Spiel (Handman 1930). Wie später Fairchild richtete er seinen Blick zunächst auf Frankreich, nicht allerdings ohne – nun explizit – auch auf die preußische Migrationspolitik gegenüber Polen zu verweisen. Er zog Parallelen zwischen der Anwerbung von Saisonkräften aus Polen und der Zuwanderung mexikanischer Landarbeiter\_innen in die USA. Handman empfahl dringend eine eingehende Untersuchung der deutschen Migrationspolitik als mögliches Modell. Der Vorschlag einer strengen staatlichen Registrierung zuwandernder Arbeitskräfte in Zusammenarbeit zwischen Entsende- und Aufnahmestaat und eines staatlich und kooperativ durchgesetzten Zwangs zur Rückreise war damit in der Debatte platziert.

Von hier war der Weg nicht weit zu der Erkenntnis, dass sich Migrationspolitik nicht allein national gestalten ließ – bis dato war die Idee, mit anderen Staaten über Migrationsfragen zu verhandeln, den USA weitgehend fremd gewesen. 1934 stellte der englische Soziologe Alexander M. Carr-Saunders seinen amerikanischen Kolleg\_innen das europäische System bilateraler Wanderungsverträge detailliert vor (Carr-Saunders 1934). Wie Handman legte er sein Augenmerk auf die Regulierung der deutsch-polnischen Wanderungsbeziehungen. Hierzu diskutierte er den Vertrag beider Staaten aus dem Jahr 1927. Den Vorzug gab er dann aber dem französischen Modell, das in seinen Augen die Möglichkeit einer restriktiven Kontrolle der Arbeitsmigration mit der Option verband, dennoch eine Niederlassung so Zugewanderter zuzulassen. Er ging allerdings noch einen Schritt weiter: Am Beispiel des ebenfalls aus den 1920ern datierenden Wanderungsvertrages zwischen Polen und der Provinz Sao Paulo in Brasilien verwies er dezidiert auf das Potential bilateraler Verträge zur Steuerung transozeanischer Migration. Mitte der 1930er Jahre war also eine intensive Diskussion über europäische Migrationspolitik zur Regulierung von temporärer Arbeitswanderung in Gang gekommen.

Bilaterale Vereinbarungen wurden zunächst als zwischenstaatliche Angelegenheit wahrgenommen, dann rückte die Vertragsinstitution selbst stärker in den Mittelpunkt des Interesses und damit auch die Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation. Diese hatte inzwischen in ihren Gremien und mit ihren Mitgliedstaaten Aushandlungen über einen internationalen Standard für solche Wanderungsverträge in Gang gebracht. Die Rezeption dieser Entwicklung in den USA erreichte ihren Höhepunkt mit einer bis heute beeindruckenden Monografie des Soziologen Donald Reed Taft von der University of Illinois in Champaign. Sie trägt den schlichten Titel *Human Migration: A Study of International Mo-*

*vements* und wurde als maßstabsetzende Analyse zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung 1936 bis nach Europa wahrgenommen (Taft 1936). Nach dem Krieg neu aufgelegt, zählt sie bis heute zu denjenigen Klassikern der Migrationsforschung, mit denen ein Übergang von der Beschreibung von Bewegung zur Analyse einerseits von Migrations- und Integrationspolitik und andererseits der Zusammenhänge zwischen Diskursen über Migration und Migrationspolitik begann. Neben seinem ganz grundlegenden Beitrag zu einer Erweiterung der Perspektiven in der Migrationsforschung bot Taft die bis zu diesem Zeitpunkt umfassendste Diskussion multilateraler Migrationspolitik und Wanderungsregulierung aus US-amerikanischer Feder. Seine differenzierte Wahrnehmung transnationaler Akteure erweist sich als Teil eines breiteren Trends, wie etwa die kurz zuvor in neuer Auflage publizierte Studie von Boutelle Ellsworth Lowe über die Internationale Arbeitsorganisation unterstreicht, die allerdings nicht dezidiert auf Migrationsfragen fokussiert (Ellsworth Lowe 1935).

Nun waren die USA *up to date*. Ein Weg von fast zwei Jahrzehnten. Als Anfang der 1920er Jahre Louis Varlez und Mary E. Hurlbutt in der Zeitschrift *Foreign-Born* in New York auf die Potentiale bilateraler Wanderungsverträge zur Verbesserung der Situation von Migrant\_innen sowie insbesondere auf die Notwendigkeit verwies, die Lage der mexikanischen Wanderarbeiter\_innen durch staatliche Aufsicht und zwischenstaatliche Regulierung zu verbessern, war ihre Position marginal gewesen – sie wurde schlicht nicht wahrgenommen (Hurlbutt 1922, Varlez 1922).

Ende der 1930er Jahre, diskutierten führende amerikanische Migrationsforscher\_innen europäische Praktiken der Migrationssteuerung und die Entwicklung standardisierter multilateraler Kontrollmechanismen als Zukunftskonzept für amerikanische Wanderungspolitik. Sie nahmen ihnen zuvor vollkommen fremde migrationspolitische Konzepte in dem Bestreben auf, diese auf die Vereinigten Staaten zu übertragen. Der Lernprozess ihrer Regierungen indes sollte noch ein wenig länger dauern und nicht zum erhofften Ziel führen. Zwar hatten sich die USA, die 1919 dem Völkerbund ferngeblieben waren, unter Präsident Roosevelt der ILO angenähert und waren schließlich 1934 Mitglied geworden. Regierungsvertretende nahmen seitdem über ihre Delegierten ebenso wie die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmervertretungen an den Beratungen der *International Labour Conference* und damit an den Diskussionen über die Weiterentwicklung des bilateralen Wanderungsvertrages teil. Von 1939 bis 1945 stand zudem der Wirtschaftswissenschaftler Carter Goodrich von der Columbia University dem *Governing Body* der ILO vor. Er entwickelte sich über seine Amtszeit hinaus zu einem vehementen Verfechter der vertragsbasierten Standardisierung von Migrationsbeziehungen und der Integration der USA in ein aus bi- und plurilateralen Verträgen bestehendes internationales Wanderungsregime, das auch Rechte von Arbeitsmigrant\_innen formulierte und achtete. Allerdings antwortete die US-Regierung bei einer Befragung der ILO, die für ihre Sitzungsperiode 1939 die Vorlage einer Konvention mit einem Mustervertrag zur Wanderungsregulierung vorbereitete, man habe kein Interesse an einer solchen Lösung (International Labour Office 1939). Die eigene, nationale Gesetzgebung biete ausreichend Handlungsoptionen.

Ähnliches lässt sich übrigens auf mexikanischer Seite feststellen. Auch Mexiko trat während der 1930er Jahre der ILO bei und es deutet sich zumindest an, dass man auch dort begann, Europa zu beobachten. Während Forscher\_innen in den USA allerdings auf die Zuwanderungsländer blickten, interessierte sich die mexikanische Regierung für Italien, das als erfolgreichstes Auswanderungsland in der Verhandlung bilateraler Wanderungsabkommen galt. Entsprechend fiel die mexikanische Antwort aus: Im Gegensatz zu den USA befürwortete man den Einsatz bilateraler Abkommen, die tendenziell die Rechte von Migrant\_innen und die Verhandlungsposition der Entsendeländer stärk(t)en.

Im Sommer 1942 schlossen die USA und Mexiko unter dem Druck des Krieges tatsächlich einen bilateralen Wanderungsvertrag ab, der in einigen Belangen den von der ILO geforderten Standards folgte. Lange wurde das ‚Bracero‘-Programm in der Forschung entweder als ein Vorläufer der deutschen bzw. europäischen „Gastarbeiter“-Programme interpretiert oder es wurden die Entwicklungen auf beiden Seiten des Atlantiks isoliert voneinander behandelt (vgl. Hollfield 2003: 44, Düvell 2006: 37). Ein doppelter Irrtum, der die Wanderungsverträge der Zeit nach 1945 ebenso ihrer Vorgeschichte beraubt wie verkennt, dass das ‚Bracero‘-Programm des Jahres 1942 bereits eine Nachahmung europäischer Praktiken der Zwischenkriegszeit war bzw. sich an einem internationalen Trend orientierte. Zugleich verdeutlicht das ‚Bracero‘-Programm auch das Scheitern des Konzepts. Es lief schließlich bis Mitte der 1960er Jahre und etablierte dabei weder eine regulierte Arbeitsmigration noch eine verbesserte Lebenssituation für Migrant\_innen – im Gegenteil. Ohne formale Anerkennung der adaptierten internationalen Standards, ohne Einbindung in ein mehrknotiges Netzwerk von Verträgen mit sich überkreuzenden Beziehungen zwischen Gruppen von Ab- und Zuwanderungsländern, stattdessen umgesetzt in einer isolierten bilateralen Beziehung mit extremer Machtasymmetrie, blieben die erhofften Effekte bis auf eine kurze Periode zwischen 1942 und 1945 Makulatur.

Derzeit versucht unsere Forschung, die Transfer- und Entscheidungsprozesse zwischen wissenschaftlichem Diskurs und Regierungsebene nachzuzeichnen. Die Rezeption von Beiträgen der zeitgenössischen Migrationsforschung durch die Roosevelt-Administration kann angenommen werden, eine Rekonstruktion der personellen Verbindungen, der Kommunikationsprozesse sowie möglicher direkter und indirekter Folgen erweist sich allerdings als ausgesprochen komplex. Recherchen rund um die entscheidenden Monate der Jahre 1941 und 1942 in den Akten des Arbeits-, Landwirtschafts- und Justizministeriums im Nationalarchiv der USA in Alexandria, Virginia, haben bisher nur vage Anhaltspunkte zu Tage gefördert.

Als allerdings Wilbert E. Moore, Soziologe aus Princeton, 1949 in einem Beitrag auf die amerikanischen Migrationsverträge der Kriegszeit zurückblickte – das allein markiert bereits eine bis dahin vollkommen undenkbare Perspektive – schien die Angelegenheit für ihn klar (Moore 1949). Die Vereinigten Staaten hatten zur Stützung ihrer Kriegswirtschaft seit 1942 bilaterale Wanderungsverträge mit Mexiko, mit der britischen Kolonialverwaltung der Bahamas, Jamaikas und von Barbados abgeschlossen, die konform gingen mit den von der ILO 1939 vorgelegten völkerrechtlichen Standards und in der Tradition der europäischen bilateralen Wanderungsverträge standen. Während er dies schrieb, verhandelte die ILO gerade über eine Revision ihrer Standards im Hinblick auf Arbeitsmigration von 1939, um deren Akzeptanz zu steigern.

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangte 30 Jahre später eine Arbeitsgruppe des wissenschaftlichen Dienstes des Kongresses im Auftrag von Senator Edward Kennedy (U.S. immigration law and policy 1952-1979, 1979). Der Bericht verweist zudem auf vierwöchige Verhandlungen zwischen einer mexikanischen und einer US-amerikanischen Delegation im Juli 1942, bei der die Einzelheiten des Abkommens festgelegt wurden. Unsere Suche nach den Protokollen dieser Unterredungen, die wissenschaftlich bisher nicht zur Kenntnis genommen wurden, läuft in Kooperation mit Prof. Dr. Julie Weise von der University of Oregon, Eugene.

Das aus den Publikationen der Nachkriegszeit sprechende differenziertere Wissen über die Regulierung der Wanderungsbeziehungen zwischen den USA und Mexiko ist inzwischen wieder verloren gegangen – Stichwort historisches Vergessen – und in der Forschung scheint das ‚Bracero‘-Programm,

so wie die europäischen ‚Gastarbeiter‘-Programme der zweiten Nachkriegszeit, immer wieder geschichtslos vom Himmel zu fallen.

## 5. Erkenntnisse: Zeit für eine Wirkungsgeschichte der Migrationsforschung

Der Blick auf die Migrationsforschung, die sich in der Zwischenkriegszeit auf das Wanderungsgeschehen zwischen Mexiko und den USA konzentriert hat, lohnt sich in mehrfacher Hinsicht. Er zeigt uns Migrationsforschung *at its best* und *at its worst*. Im Feld finden sich Forscher\_innen, die neben denjenigen Vertreter\_innen der Chicagoer Schule, die auf die Einwanderung aus Europa geblickt haben, ganz wesentliche Beiträge zur Entwicklung unserer Disziplin geleistet haben. In einer zweiten Linie finden sich Analysen, die durchaus nicht ohne den Impetus einer Politikberatung migrationspolitische Konzepte diskutieren und als wichtiger Faktor für die transnationale Mobilität solcher Konzepte durch Raum und Zeit gewertet werden können. Der Befund verweist auf die Bedeutung der Beobachtung langer, sehr langer Entwicklungslinien von Migrationspolitik in transnationaler Perspektive, von Wissensproduktion und Lernprozessen und von stereotypisierenden Zuschreibungen bei der Produktion von Migration. Er verweist auch auf die frühe Ausdifferenzierung von Migrationsforschung in eine politik- und eine sozialwissenschaftliche Richtung und auf die stete Versuchung, sich dem Ressentiment hinzugeben.

Schließlich erweist sich Migrationsforschung immer als Kind ihrer Zeit. In den USA der Zwischenkriegszeit waren es wenige Stimmen, die sich differenziert mit den ökonomischen, kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Ursachen und Folgen von Migration befassten. Der *mainstream* folgte restriktiven, ablehnenden und nicht zuletzt zutiefst rassistischen Denkmustern, die Migration als Gefahr, und ausgewählte Gruppen von Migrant\_innen ziemlich willkürlich als ‚stets fremd‘ konstruieren konnten.

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist Migration aus Mexiko in der Zwischenkriegszeit in einer Art und Weise diskursiv produziert worden, die den Blick auf ein erst junges Wanderungsmuster nahezu unverrückbar festgelegt hat. Dies betraf nicht allein die Konstruktion von Migrant\_innen aus Mexiko, sondern auch die Übernahme entsprechender Wanderungspolitiken. Einhundert Jahre später sind die Konsequenzen in den USA tagtäglich spürbar. 12 Millionen undokumentierte Migrant\_innen, mehrheitlich aus Mexiko und Lateinamerika, sind Teil dieser Geschichte.

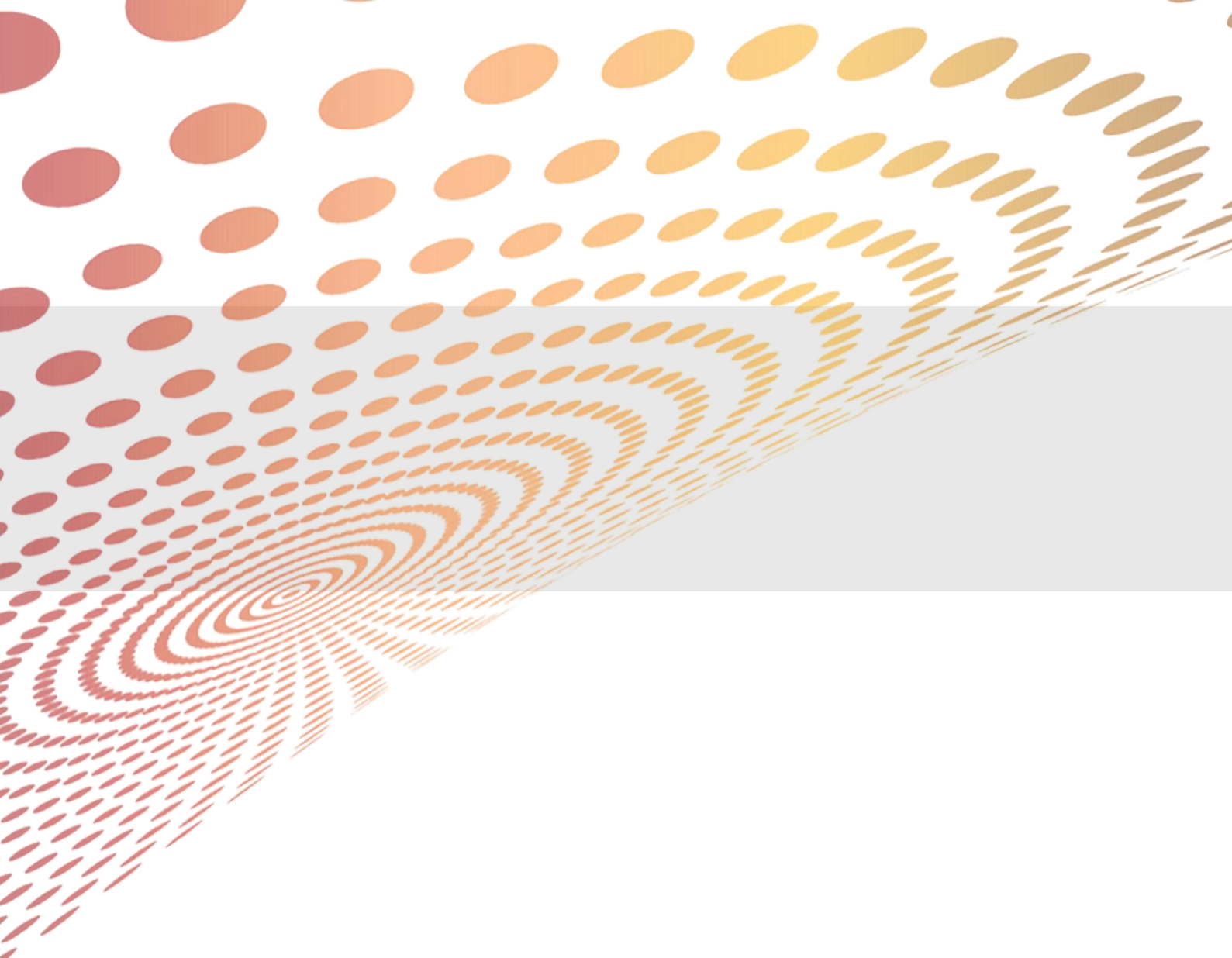
Heute noch kursierende Argumente, Befunde, Sichtweisen und Handlungsmuster finden sich beängstigend aktuell erscheinend schon in der Vergangenheit. Vielleicht habe ich das bewusst und unbewusst in meinem Beitrag hineinpraktiziert. Vielleicht aber sollten wir uns, die Migrationsforschung, in weit längeren Zyklen selbst beobachten, als wir es gemeinhin tun. Migrationsforschung entdeckt Phänomene, analysiert sie, benennt sie, reagiert auf sie, sucht nach (vermeintlichen) Lösungen, gibt Empfehlungen und wird damit wahrgenommen. Vielleicht ist es Zeit für eine Wirkungsgeschichte.

## 6. Literaturverzeichnis

- Brinley, Thomas (1939): The Decline in International Migration. In: *Political Quarterly* 10,2, S. 254-267.
- Carr-Saunders, Alexander M. (1934): Migration Policies and the Economic Crisis. In: *Foreign Affairs* 12, 4, S. 664-676.
- Chicago Daily Tribune (09.10.1920): Million Aliens predicted for US during 1921. Mexico and Canada furnish labor.
- Committee on Scientific Aspects of Human Migration (1927): Human Migration as a Field of Research. In: *Social Service Review* 1, 2, S. 258-269.
- Düvell, Franck (2006): Europäische und internationale Migration. Einführung in historische, soziologische und politische Analysen. Hamburg: LIT.
- Ellsworth Lowe, Boutelle (1935): The International Protection of Labour. International Labour Organization, History and Law. Macmillan: London.
- Fairchild, Henry Pratt (1936): International Migration. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 188, 1, S. 290-296.
- Gamio, Manuel (1930a): Mexican Immigration to the United States. Chicago: University of Chicago Press.
- Gamio, Manuel (1930b): The Mexican Immigrant. His Life-Story: Autobiographical Documents. Chicago: University Of Chicago Press.
- Handman, Max S. (1930): Reasons for the Coming of the Mexican Immigrant. In: *American Journal of Sociology* 35, 4, S. 601-611.
- Hoffman Batten, James (1930): New Features of Mexican Immigration. The Case against further Restrictive Legislation. In: *Pacific Affairs* 3, 10, S. 956-966.
- Hollfield, James F. (2003): Offene Weltwirtschaft und nationales Bürgerrecht. Das liberale Paradox. In: Hunger, U./Thränhardt, D. (Hrsg.): Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Holmes, S.J. (1929): Perils of the Mexican Invasion. In: *North American Review* 227, 5, S. 615-623.
- Hoover, Glenn E. (1929): Our Mexican Immigrant. In: *Foreign Affairs* 8,1. Online: <https://www.foreignaffairs.com/articles/mexico/1929-10-01/our-mexican-immigrants> (Zugriff 08.03.2019).
- Hull, Harry E. (1930): Protective Immigration. In: *American Labor Legislation Review* 97, S. 97-98
- Hurlbutt, Mary E. (1922): Mexican Immigration. An International Problem. In: *Foreign Born* 3, 7, S. 201-202.
- International Labour Office (1939): Questionnaire I-VI. International Labour Conference. Twenty-fifth session. Geneva.
- Longmore, T. Wilson/Hitt, Homer L. (1943): A Demographic Analysis of First and Second Generation Mexican Population of the United States: 1930. In: *Southwestern Social Science Quarterly* 24, 3, S. 138-149.
- Los Angeles Times (28.01.1920): Mexicans needed in Cotton Fields.
- Los Angeles Times (23.02.1920): Texas to bring Mexicans over.
- Los Angeles Times (11.04.1920): Importation of Labor from Mexico is vital.
- Los Angeles Times (14.12.1921): Restricting Immigration.
- Los Angeles Times (04.06.1922): Expected flow of Immigrants.
- Los Angeles Times (18.06.1922): Los Angeles is facing a Rush of Immigration.



- Macmahon, Edna C. (1930): The Attitude of Immigration Countries. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 150, 1, S. 13-24.
- Moore, Wilbert E. (1949): America's Migration Treaties during World War II. In: Annals of the American Academy of Political and Social Science 262, S. 31-38.
- New York Times (29.06.1920): Welcomed Mexican Invasion.
- New York Times (05.02.1922): Smuggling Aliens by Boats from Cuba.
- New York Times (16.04.1922): Immigration Curb extended.
- Panunzio, Constantine M. (1931): The United States Immigration Policy. In: Annals of the American Academy of Political and Social Science 146, S. 18-27.
- Report to the Secretary of Labor by Lillian Russell Moore (28.03.1922): European Emigration Conditions as affecting the United States. In: Congress of the United States of America. House Committee on Immigration and Naturalization. House of Representatives, Fourth Session, December 5, 1922 (Serial 2-C). Washington DC: Government Print Office, S. 623-624.
- Social Science Research Council (1927): Report of the Committee on Scientific Aspects of Human Migration, December 18, 1926. Chicago, IL.
- Taft, Donald Reed (1936): Human Migration. A Study of International Movements. New York: The Ronald Press Company.
- U.S. immigration law and policy 1952-1979 (1979): A Report. Washington DC: US Government Print Office.
- Taylor, Paul S. (1928-1943): Mexican Labor in the United States. Berkeley: University of California Press.
- Taylor, Paul S. (1931): Mexicans North of the Rio Grande. In: The Survey LXVI, S. 135-140.
- Varlez, Louis (1922): Continental Emigration and its Regulation. In: Foreign Born 3,7, S. 195-200.
- Waters, Lawrence Leslie (1941): Transient Mexican Agricultural Labor. In: Southwestern Social Science Quarterly 22,1, S. 49-66.



**Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)**

Universität Osnabrück  
D-49069 Osnabrück  
[www.imis.uni-osnabrueck.de](http://www.imis.uni-osnabrueck.de)